

«Wir dürfen nicht glauben, die Krise aussitzen zu können»

Ökonom Peter Eisenhut richtet im Interview einen Appell an die Unternehmer der Region, jetzt über ihre Bücher zu gehen. Denn die Coronakrise selbst löst strukturelle Veränderungen aus.

Mit Peter Eisenhut sprach Dorothea Alber

Herr Eisenhut, wie schätzen Sie die aktuelle Lage der Wirtschaft während der zweiten Welle in der Ostschweiz und Liechtenstein ein?

Peter Eisenhut: Wir erlebten in diesem Jahr nach einem ersten negativen Quartal ein zweites mit einem zweistelligen Einbruch. Aktuell wird die leichte Erholung im Sommer wieder gebremst. Für das vierte Quartal droht ein erneutes Minus, so dass die Hoffnung auf eine V-förmige Erholung nun definitiv gestorben ist.

Wer leidet besonders stark?

Die Coronakrise ist vorwiegend eine Investitionskrise. Deshalb ist die Maschinen-, Elektro- und Metallindustrie in Liechtenstein besonders betroffen. Das zeigt sich an den Exporten, die in den ersten drei Quartalen um rund 20 Prozent eingebrochen sind. Es gibt aber auch Branchen, welche die Coronakrise kaum spüren. So hat die Bauwirtschaft die Krise sehr gut pariert. Die Rezession hinterlässt zwar auch bei den Baumeistern gewisse Spuren, aber die Geschäftslage ist nach wie vor gut. Zudem wurde die Finanzbranche bisher weitgehend von Turbulenzen verschont.

Denken Sie, dass Liechtenstein diese Krise härter treffen wird, weil der Pharmasektor in der Schweiz die Auswirkungen abfedert?

Ja, der Pharmasektor ist vermutlich der Hauptgrund dafür, dass der BIP-Rückgang in der Schweiz weniger stark sein wird als in Liechtenstein. Unsere Schätzung im Frühling war, dass der partielle Lockdown in Liechtenstein 140 Millionen Franken pro Monat kostet. Für das gesamte Jahr gingen wir von einer Einbusse der Wertschöpfung in der Grössenordnung von 500 bis zu 700 Millionen aus.

Sind Sie heute etwas optimistischer?

Ich denke, dass die grobe Schätzung vom Frühling nicht weit von der Realität entfernt liegen wird, das heisst, dass im Jahr 2020 mit einem Einbruch des BIP in Liechtenstein von etwa 7 bis 8 Prozent gerechnet werden muss.

Hinzu kommen noch die staatlichen Hilfspakete.

Ja, von staatlicher Seite werden in Liechtenstein bis Juni 2021 rund 170 Mio. Franken bereitgestellt. In Relation zum BIP ist das deutlich weniger als in den Nachbarländern.

Haben die Schweiz und Liechtenstein die Folgen eines Lockdowns für die Wirtschaft unterschätzt?

Die Regierungen mussten unter dem Schleier

von Unwissenheit entscheiden. Wenn man «nichts weiss», sind brachiale Methoden die logische Antwort. Der Kampf gegen das Virus hatte unter diesen Umständen oberste Priorität. Dabei neigt man zu Extremen und unterschätzt die Opportunitätskosten.

Gibt es denn ein Dilemma zwischen Gesundheit und Wirtschaft?

Eigentlich nicht, denn eine gesunde Wirtschaft setzt gesunde Menschen voraus. Übrigens: Die Wirtschaft sind wir alle! Wir alle haben ein vitales Interesse daran, dass sie funktioniert, dass es uns eben gut geht. Bei der Auswahl von Massnahmen geht es eben nicht um das Erreichen des Maximums, also weder um einen maximalen Schutz der Unternehmen noch der Gesundheit, sondern um das Optimum. Zielkonflikte sind dabei unvermeidbar. Die liechtensteinische Regierung versucht deshalb mit ihren Massnahmen zielgerichtet bei den grössten Risiken anzusetzen.

Befürchten Sie einen zweiten Lockdown?

Nein – hoffentlich sind die beschlossenen Massnahmen ausreichend. Ich glaube, das Bewusstsein ist vorhanden, dass ein erneuter Lockdown nicht mehr gleich funktionieren würde wie beim ersten Mal, weil er auf eine bereits geschwächte Wirtschaft treffen würde.

Wäre ein zweiter Lockdown das Worst-Case-Szenario für die Wirtschaft?

Das Worst-Case-Szenario ist für mich, wenn es zur völligen Überlastung der Spitäler kommen würde. Dass die Intensivstationen an ihre Grenze kommen werden, ist ja leider wahrscheinlich, aber es gibt Grund zur Hoffnung, dass allfällige Kapazitätsengpässe aufgefangen und nicht lange anhalten werden.

«18 Monate Kurzarbeit – wie in Liechtenstein – ist eine sehr lange Zeit und nicht risikolos.»

Peter Eisenhut
Ökonom und Präsident der Stiftung Zukunft

Wie beurteilen Sie die Strategie, welche aktuell gefahren wird?

Es ist wichtig, dass die Politik während einer solchen Pandemie Schutz und Sicherheit vermittelt. Das bedeutet erstens, dass Risikoaktivitäten eingeschränkt werden müssen, und zweitens, dass schnelle sowie unbürokratische Hilfsmassnahmen für die Wirtschaft zur Verfügung stehen. Und drittens gehört auch ein effizientes Testen und ein wirksames Contact-Tracing dazu. In meiner Beurteilung ist das der liechtensteinischen Politik gut gelungen.

Was denken Sie über die Hilfspakete der Behörden bzw. reichen diese, um Kündigungswellen zu verhindern?

Hinter Ihrer Frage versteckt sich die Annahme, dass sich mit Geld alle Probleme lösen lassen. «Geld verteilen» scheint die einfachste Antwort auf Krisen zu sein. Dem ist aber nicht so, auch bei Finanzhilfen ist der zielgenaue und effiziente Einsatz zentral für den Erfolg.

Denken Sie also, dass es trotz staatlichen Hilfspaketen noch zu einer Entlassungswelle kommen wird?

Die Gefahr ist dann gross, wenn mit dem finanziellen Zustupf Branchen und Unternehmen gestützt werden, die schon vor der Krise in Schwierigkeiten steckten. So hat z. B. die Automobilindustrie schon länger mit einem Strukturwandel zu kämpfen. Ausserdem sollte mit den Geldern ein durch Covid-19 ausgelöster Strukturwandel nicht verhindert werden. Wir dürfen uns nicht so verhalten, als ob wir die Krise einfach aussitzen könnten und glauben, nach der Krise sei alles wieder so wie vorher.

Könnten Sie ein Beispiel nennen?

Die Coronakrise hat den Digitalisierungsschub in allen Branchen massiv beschleunigt. Dieser Schub wird die Wirtschaft verändern. Ich gehe zudem davon aus, dass die Geschäftsfelder von verschiedenen Branchen nach der Krise nicht mehr dieselben sein werden. Denken Sie an die Veränderungen bezüglich Urlaubs- und Geschäftsreisen, Meetings und Veranstaltungen, an den Vormarsch des Onlinehandels oder des Lieferservice. Die gegenwärtige Rezession wird begleitet von einem strukturellen Wandel, bei dem es auch zu Verwerfungen am Arbeitsmarkt kommen wird. Die Gefahr, dass Entlassungen zunehmen werden, ist nicht gebannt. In der Schweiz mehren sich zurzeit die Signale für einen Anstieg von Konkursen.

Durch die Kurzarbeitsentschädigung verzögert sich also das reale Bild der Krise?

Kurzarbeit ist ein sehr gutes Mittel, um durch eine Krise zu kommen, wenn es sich bei der





Bild: Daniel Schwendener

Krise um ein konjunkturelles Tief handelt, also um einen kurzfristigen Einbruch der wirtschaftlichen Aktivität. Im gegenwärtigen Umfeld darf Kurzarbeit aber nicht als «Ruhekissen» verstanden werden, sonst wirkt sie kontraproduktiv. 18 Monate Kurzarbeit – wie aktuell in Liechtenstein möglich – ist jedenfalls eine sehr lange Zeit und nicht risikolos.

Könnte man Ihre Aussagen als Appell interpretieren, die Firmen müssen jetzt über die Bücher?

Ja, Unternehmer müssen sich die Frage stellen, wie sie die Zeit der Kurzarbeit und der Hilfspakete nutzen können, um sich optimal auf die Zeit «danach» aufzustellen. Dasselbe gilt aber auch für die Arbeitnehmenden. Auch sie sollten die Zeit aktiv nutzen, um ihre Attraktivität am Arbeitsmarkt zu erhalten, z. B. durch eine Weiterbildung, eine neue Ausbildung oder eine Umschulung.

Was erwarten Sie für das Jahr 2021?

Ein Thema, das 2020 deutlich an Bedeutung gewonnen hat, ist der «Umgang mit Unsicherheiten» – sowohl für die Politik, die Unternehmen als auch für die Individuen. Prognostiker begegnen den makroökonomischen Unsicherheiten, indem sie mit Szenarien arbeiten. Im sogenannten Basisszenario wird erwartet, dass die Weltwirtschaft um rund vier und die Schweizer Wirtschaft um ca. drei Prozent wachsen wird – ausgehend von einem sehr tiefen Niveau. Das Vorkrisenniveau werden wir wohl erst 2023 erreichen. Zum Vergleich: In der Finanzkrise brauchten wir dazu nur sieben Quartale.

Könnte ein Impfstoff, der Mitte des kommenden Jahres zur Verfügung steht, das Blatt wenden?

Nein, bei der langfristigen Einschätzung würde sich dabei – zumindest im Basisszenario – nicht viel ändern.

Wird die Krise die Wirtschaft langfristig verändern?

Wir wissen aus der Vergangenheit, dass Krisen immer auch langfristige Folgen auf das wirtschaftliche Wachstum und den Strukturwandel haben. Die aktuelle Krise ist aber anders als all die vorherigen: Die weltweite Staatsverschuldung steigt schon seit der Finanzkrise massiv an und erreicht während der Coronakrise neue Rekordwerte. Sie ist höher als nach dem 2. Weltkrieg und die globalen Staatsschulden übersteigen erstmals das Welt-BIP. Dabei dienen die Notenbanken als Schlaraffenland, finanzieren sie doch den Zuwachs der Schulden zu einem grossen Teil. Die Monetisierung der Staatsschuld gilt eigentlich als rote Linie, nun wird sie zur Normalität.

Wie gefährlich ist das?

Die Gefahr besteht, dass die Geldspritzen der Nationalbanken zur «Zombifizierung» von Unternehmen führen und langfristig eine Konkurswelle auslösen, die in Kombination mit gestiegenen Risiken am Immobilienmarkt eine erneute Bankenkrise nach sich ziehen könnte. Der Geldregen hat nämlich eine Inflation an den Vermögensmärkten ausgelöst: der Immobilienmarkt läuft auf Hochtouren, die Börsen und Preise für Rohstoffe wie Gold steigen. Eine extrem expansive Geld- und Finanzpolitik birgt auch immer die Gefahr von allgemeinen Preissteigerungen und steigert die Risiken von Verwerfungen an den Devisenmärkten.

Endet das Experiment in einem Crash?

Es wird Korrekturen geben, die Frage ist nur, wann und wie heftig sie ausfallen werden.

Zur Person:

Peter Eisenhut ist Inhaber der Firma ecopol ag und berät als Experte in volkswirtschaftlichen Problemstellungen Führungskräfte aus Politik, Verwaltung und Wirtschaft. Nach dem Studium der Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen und einem Zweitstudium in Wirtschaftspädagogik übte Peter Eisenhut verschiedene Lehrtätigkeiten aus – als Hauptlehrer für Wirtschaftswissenschaften an der Kantonsschule Heerbrugg und als nebenamtlicher Dozent für Volkswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen.